



Antrag

der Fraktion der SPD

Export von Plastikmüll verbieten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich über eine Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot des Exports von Plastikmüll aus Deutschland einzusetzen und die Bundesregierung aufzufordern, dieses Verbot auch EU-weit durchzusetzen.

Bis zur Umsetzung des Verbotes sollen die Kontrollen der Exporte von Plastikmüll verstärkt werden.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag die Ankündigung der Bundesregierung, sich auf der Genfer Konferenz zum Baseler Umweltübereinkommen der Initiative Norwegens anzuschließen, die ein internationales Verbot für den Export verschmutzter Plastikabfälle fordert.

Begründung:

In dem „Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung“, das 1989 unter der Schirmherrschaft des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ausgehandelt und angenommen wurde, verpflichten sich über 180 Vertragsstaaten u.a. dazu, dafür Sorge zu tragen, dass gefährliche Abfälle umweltgerecht behandelt und entsorgt werden. Ziel ist der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor den nachteiligen Auswirkungen, die sich aus der Erzeugung, der grenzüberschreitenden Verbringung und der Behandlung gefährlicher Abfälle und anderer Abfälle ergeben können. Auch die EU ist Vertragspartei des Abkommens.

Bislang sind Kunststoffabfälle weltweit aber nicht als „gefährlicher Abfall“ deklariert und dürfen frei gehandelt werden. Exportierte Plastikabfälle aus den Industrieländern

sind häufig so stark verunreinigt, dass sie nicht ohne weiteres recycelt oder auf andere Weise weiterverarbeitet werden können. Deshalb hat China Anfang 2018 den Import von stark verschmutzten Plastikabfällen gestoppt. Seitdem landen diese Abfälle vor allem in Südostasien und der Türkei. Berichte von verschiedenen Umweltschutzorganisationen verdeutlichen, dass der Müll, der nicht recycelt werden kann, in diesen Ländern meist einfach liegen bleibt und Böden und Gewässer verschmutzt oder unsachgemäß zum Schaden der Bevölkerung verbrannt wird.

Deutschland und Europa sind in der Verantwortung, ihren Plastikmüll selbst zu sortieren, zu recyceln oder zu entsorgen. Die Bundesregierung sollte deshalb den Export generell verbieten und ein solches Verbot auch auf EU-Ebene durchsetzen.

Bis zur Umsetzung eines solchen Verbotes müssen die Exporte stärker auf Verunreinigungen kontrolliert werden. Zuständig für die Kontrollen beim Export sind in Deutschland die Bundesländer.

Stefan Weber
und Fraktion